

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

14. Januar 2019

Ägypten/Palästinensische Autonomiegebiete

Einreise aus dem Gaza- Streifen nach Ägypten über Rafah ausgesetzt

Ägypten setzte am 08.01.19 die Einreise von Gaza aus, nachdem die in Ramallah ansässige Palästinensische Autonomiebehörde ihr Personal am Grenzübergang Rafah abgezogen hat. Davor hatte seit Mai 2017 die Fatah-dominierte Autonomiebehörde zusammen mit der Hamas die Grenzkontrolle durchgeführt. Der Grenzübergang ist aktuell wieder durch Personal der Hamas besetzt und ermöglicht lediglich die Rückkehr in den Gazastreifen.

Afghanistan

Übergriffe auf Journalisten 2018

Nach Angaben des Afghan Journalists Safety Committee (AJSC) habe es im vergangenen Jahr 121 Übergriffe auf Journalisten gegeben. Überwiegend habe es sich um Misshandlungen, Bedrohungen, Verhaftungen und Entführungen gehandelt, aber auch 17 Morde habe es gegeben. Für 15 der 17 Morde seien die Taliban oder der IS verantwortlich gewesen. Insgesamt werden die Taliban und der IS für 50 Übergriffe verantwortlich gemacht. Der Regierung werden 44 zugeschrieben, bei 27 Übergriffen ist die Verantwortlichkeit unbekannt.

Nach Angaben von internationalen Journalistenorganisationen führt Afghanistan die Liste der gefährlichsten Länder an. Auch im Jahr 2019 wurde bereits ein Journalist von Taliban ermordet.

Afghanistan will verstärkt Gastarbeiter ins Ausland senden

Afghanistan will ab März 2.500 Gastarbeiter in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) entsenden. Rechtliche Grundlage ist ein vor sieben Monaten geschlossener Vertrag der afghanischen Regierung mit den VAE. Ähnliche Verträge bestehen mit Saudi-Arabien, Türkei und Katar. Ökonomen erwarten allerdings nicht, dass diese Maßnahmen eine positive Auswirkung auf den afghanischen Arbeitsmarkt haben werden, zumal jährlich 400.000 neue Arbeitskräfte in den Markt drängen.

Anschläge und Kampfhandlungen

Am 08.01.19 wurden bei einem Bombenanschlag in der Stadt Khost (Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Osten) mindestens zwei Zivilisten getötet und 25 verletzt. Am 12.01.19 griffen mehrere Bewaffnete die Polizeiwache im Polizeidistrikt 6 der Stadt Herat (Westen) an. Zwei Polizisten und drei Zivilisten sollen dabei um Leben gekommen, vier weitere Personen verletzt worden sein. Wenige Tage zuvor, am 07.01.19, konnten Sicherheitskräfte einen Anschlag auf eine Moschee im Distrikt Adraskan der Provinz Herat verhindern.

Kampfhandlungen intensivierten sich in der vergangenen Woche im Norden Afghanistans, insbesondere in der Provinz Balkh, wo die Taliban vor allem entlang der Hauptstraßen mehrere Angriffe durchführten. Im Gegenzug gab es Luftangriffe der amerikanischen und afghanischen Luftwaffen, bei denen zahlreiche Taliban getötet wurden.

Weitere Kampfhandlungen wurden aus folgenden Provinzen gemeldet: Baghlan, Kunduz (Nordosten), Paktika, Ghazni (Südosten), Uruzgan, Kandahar, Helmand (Süden), Faryab, Balkh (Norden), Badghis (Westen), Kunar, Nangarhar, Laghman (Osten), Logar und Kabul (Zentrum).

Albanien

Anhaltende Studentenproteste

Seit Wochen protestieren vor allem Studenten und Jugendliche gegen schlechte Studienbedingungen und gegen soziale Missstände im Land. Auslöser war die Umsetzung einer Regierungsverordnung, welche die Gebühren für Nachprüfungen markant erhöhte. Die Demonstranten werfen der Regierung Korruption und Verbindungen in das Drogenmilieu vor. Was als kleiner Protest begann, hat sich zur größten Unmutsbekundung entwickelt, die Albanien in vielen Jahren gesehen hat. Obwohl die Regierung die Verordnung mittlerweile zurückgenommen hat, wollen die Studenten weiter protestieren. Der Jugend im Land fehlen die Perspektiven. Vier von fünf jungen Albanern wollen Land verlassen.

DR Kongo

Vorläufige Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Die nationale Wahlkommission CENI erklärte am 10.01.19 Felix Tshisekedi, den Vorsitzenden von Kongos größter Oppositionspartei UDPS zum Sieger der am 30.12.18 erfolgten Präsidentschaftswahl. Laut vorläufigem Ergebnis erhielt er 38,6 % der Stimmen. Den zweiten Platz belegte Martin Fayulu, der Kandidat des Oppositionsbündnisses Lamuka mit 34,7 %. Der Drittplatzierte, Ramazani Shadary, Kandidat der Regierungsbündnis des bisherigen Präsidenten Joseph Kabila, erhielt 23,8 %.

Bei den ebenfalls am 30.12.18 abgehaltenen Parlamentswahlen sollen von den 485 zur Wahl stehenden Parlamentssitzen etwa 350 an die Regierungsbündnis gegangen sein. Das Oppositionsbündnis Lamuka um Martin Fayulu kommt auf rund 80, das um Felix Tshisekedi auf knapp 50 Sitze.

Reaktionen auf die Wahlergebnisse

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl gilt als Überraschung, da in Umfragen vor der Wahl Martin Fayulu vorne gelegen hatte. Fayulu sprach von einem „Wahlputsch“ und warf Tshisekedi vor, eine Vereinbarung mit Kabila getroffen zu haben, wonach Tshisekedi zum Wahlsieger erklärt werden sollte. Am 11.01.19 reichte er beim Verfassungsgericht Klage mit dem Ziel einer Neuauszählung der Stimmen ein. Zweifel an der Echtheit der Resultate ergeben sich auch daraus, dass die katholischen Bischofskonferenz im Kongo (CENCO), die als einzige Organisation mit rund 40.000 Wahlbeobachtern in den Wahllokalen präsent war, erklärt hatte, dass das von CENI bekanntgegebene Wahlergebnis ihre Zählungen widerspreche. Am 13.01.19 forderte die Regionalorganisation SADC (Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika), zu der auch Kongo gehört, eine Neuauszählung der Stimmen und drängte die politischen Führer des Landes eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden.

EJR Mazedonien

Parlament stimmt für Umbenennung des Ländernamens, Amnestiegesetz

Das Parlament in Skopje hat am 11.01.19 mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für die Umbenennung des Landes in „Republik Nord-Mazedonien“ gestimmt. Damit diese zustande kommen konnte, war die Regierung auf die Stimmen der Opposition - allen voran der rechtsgerichteten Oppositionspartei VMRO-DPMNE - angewiesen. Um die Stimmen der Opposition zu gewinnen, wurde Ende Dezember 2018 ein Amnestiegesetz verabschiedet. Mit dem die Teilnehmer an der Erstürmung des Parlaments vom 27.04.17 amnestiert werden. Nur schwerere Straftaten, wie Körperverletzung, werden nicht erfasst. Bei den Amnestierten handelt es sich hauptsächlich Angehörige und Mitglieder der VMRO-DPMNE. Das Amnestiegesetz wird vom Menschenrechtsexperten kritisiert.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1991 wurde das Land unter dem Namen Ehemalige Jugoslawische Republik (EJR) Mazedonien Mitglied der UN. Griechenland besteht seitdem auf einer Namensänderung, weil eine Provinz im Norden des Landes ebenfalls den Namen Mazedonien trägt. Im Juni 2018 einigten sich beide Staaten auf eine Umbenennung. Nationalisten beider Länder lehnen diese Lösung jedoch ab. Bis spätestens März 2019 muss auch noch das griechische Parlament zustimmen. Aus Protest erklärte der Vorsitzende der rechtspopulistischen Anel, dass er vom Amt des Verteidigungsministers zurücktrete und mit seinen Abgeordneten aus der Regierung ausscheide. Der griechische Premier will nun die Vertrauensfrage

stellen. Die Umbenennung des Landes ist eine entscheidende Voraussetzung eine Aufnahme in NATO und EU.

Indien

Kaschmir: Mehrere Verletzte bei Trauermarsch

Im nördlichsten indischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir wurden am 13.01.19 elf Personen bei einem Trauermarsch zum Gedenken an zwei von indischen Militärs getötete Aufständischer verletzt. Tausende machten sich auf den Weg zum Dorf Sujan im Distrikt Shopian, um an Gebeten beim Begräbnis der Getöteten teilzunehmen. Um die Menge fernzuhalten, setzten die Sicherheitskräfte Schrotgeschosse und Tränengas ein.

Assam: Proteste gegen Gesetzentwurf

Das indische Unterhaus hat einen Gesetzentwurf verabschiedet hatte, wonach Hindus und andere nicht-muslimische religiöse Gruppen, die ohne Dokumente aus Afghanistan, Bangladesch und Pakistan einwandern, Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsrechte erhalten sollen. Daraufhin wurde der Nordosten Indiens am 08.01.19 durch Proteste nahezu lahmgelegt, die sich dagegen richteten, dass Muslime von dieser Regelung ausgenommen wären. Der Gesetzentwurf tritt aber erst nach Billigung durch das indische Oberhaus in Kraft.

Irak

Tote bei Explosionen

In der Provinz Anbar sind bei Explosionen insgesamt sechs Menschen getötet und mindestens 25 verletzt worden. So wurden am 11.01.19 in der Stadt al-Qaim, nahe der syrischen Grenze, bei der Explosion einer Autobombe in der Nähe eines Marktes vier Menschen getötet und mindestens 25 verletzt. Bei der Explosion einer Mine seien eine Frau und ihr Sohn in dem Ort Al-Fahimi, rund 120 Kilometer westlich von Bagdad, getötet worden.

HRW wirft der kurdischen Regierung Folter vor

Laut dpa-Meldung vom 08.01.19 wirft die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) der kurdischen Regierung Folter von Minderjährigen vor. Inhaftierte Jugendliche, denen vorgeworfen worden sei, Mitglied des IS gewesen zu sein, seien von den Asayish-Sicherheitskräften u.a. geschlagen worden.

Die kurdische Regierung habe die Vorwürfe jedoch zurückgewiesen. Anders als behauptet, habe HRW kein Gefängnis mit inhaftierten Minderjährigen besucht. Der Koordinator für internationale Beziehungen der Kurden, Dindar Sibari, habe erklärt, dass Jugendliche, die dem IS angehört hätten, nicht als Täter behandelt würden.

HRW habe eigenen Angaben zufolge im November 2018 mehr als 20 Jungen zwischen 14 und 17 Jahren interviewt, von denen die meisten Haft gewesen seien.

Iran

Foltervorwürfe

Im Zusammenhang mit wochenlangen Streiks von Beschäftigter Zuckerrohrfabrik Haft-e Tapeh in der südiranischen Provinz Khuzestan wurden Arbeiter verhaftet. Einer der Verhafteten und später Freigelassenen, Sepideh Ghailan, teilte am 09.01.19 über Twitter mit, dass ein Kollege, Esmaeil Bakhshi, bei Verhören gefoltert und schwer beleidigt wurde. Auch sie sei mit einem Kabel geschlagen worden. Die iranische Justiz und die Regierung wiesen die Vorwürfe zurück.

Tod nach Anzeige wegen sexuellen Missbrauchs

Eine Mitarbeiterin des iranischen Abgeordneten Salman Khodadadi wurde nach einer Meldung des persischsprachigen Nachrichtenportals Human Rights Activists News Agency (HRANA) tot in der Nähe ihres Elternhauses in der Stadt Malekan in der iranischen Provinz Ost-Azerbaidjan aufgefunden. Navidpour befand sich in einem Rechtsstreit mit Salman Khodadadi dem sie sexuellen Mißbrauch vorwarf, sie sexuell missbraucht zu haben. Navidpour soll immer wieder von Khodadadi unter Druck gesetzt worden sein, ihre Anzeige zurückzuziehen. Sie hatte sie einige Dokumente sowie Audio-Dateien veröffentlicht und nach eigener Aussage bei der Staatsanwaltschaft Malekans Anzeige gegen den Abgeordneten erstattet sowie eine Beschwerde über ihn beim Wächterrat und dem Aufsichtsrat des Parlaments eingereicht. und nach Berichten von HRANA zudem Morddrohungen bekommen.

Mehrere Umweltschutzaktivisten festgenommen

In den vergangenen zwei Wochen sind in der iranischen Provinz Kurdistan nach Meldungen von „Kurdistan Human Rights Network“ neun Umweltaktivisten festgenommen worden. Weitere sechs Umweltschützer wurden in der Stadt Mahabad mehrere Stunden lang verhört und später wieder freigelassen. Unter den Verhafteten befinden sich auch Mitglieder der Partei Hezb-e Wahdat-e Melli (Partei der nationalen Einigung), die vor zwei Jahren mit Genehmigung des iranischen Innenministeriums gegründet wurde. Die Partei setzt sich u.a. für den Umweltschutz in Iran ein und hat in der Vergangenheit in mehreren Städten der kurdischen Gebiete Aufklärungskurse angeboten. Seit Februar 2018 stehen Umweltschützer in Iran besonders im Visier der Sicherheitskräfte, einige wurden unter dem Vorwurf der Spionage zu hohen Haftstrafen verurteilt.

EU: Iran lässt Regimegegner in Europa umbringen

Das europäische Parlament wirft Iran vor, in einer ganzen Reihe europäischer Länder Attentate geplant und teilweise ausgeführt zu haben. Es bestehe der Eindruck, dass Iran mit einiger Systematik versucht, Vertreter der Opposition im Ausland physisch zu eliminieren. Derartige Aktionen werden in der Regel für Auslandsoperationen eingesetzten Elite-Einheit der Pasdaran (al-Quds-Brigade) durchgeführt. Im Zusammenhang mit den Vorwürfen äußerte am 08.01.19 der niederländische Außenminister Blok schwere Vorwürfe gegenüber Iran geäußert. Er habe klare Hinweise, dass die Regierung in die Ermordung von zwei niederländischen Bürgern iranischer Herkunft im Dezember 2015 und im November 2017 in den Niederlanden verwickelt sei, die dem Regime kritisch gegenüberstanden waren.

Kritischer Geistlicher zu Haftstrafe verurteilt

Wegen seiner Aktivitäten auf Instagram hat das iranische Sondergericht für die Geistlichkeit den Geistlichen Hassan Aghamiri zu zwei Jahren Haft verurteilt. Überdies wurde ihm lebenslänglich verboten, Gewand und Turban der schiitischen Geistlichkeit zu tragen. Damit ist Aghamiri nicht mehr befugt, sich als Imam zu betätigen. In seinen auf Instagram veröffentlichten Clips kritisierte er „Missstände wie Korruption und Repressalien gegen junge Menschen“ in Iran. Er hat mehr als 1,3 Millionen Follower, überwiegend junge Menschen.

Marokko

783 Begnadigungen

Am 11.01.19 feierte Marokko den Tag der Verkündung des Unabhängigkeitsmanifests. Anlässlich des Jahrestages hat König Mohammed VI. 783 verurteilte Straftäter begnadigt, bzw. Urteile umgewandelt. 13 lebenslange Haftstrafen wurden in Zeitstrafen und eine Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt

Serbien

Proteste gegen Regierung gehen weiter

Am 11.01.19 demonstrierten in Belgrad und in anderen Städten erneut Tausende gegen politische Gewalt, Hetze gegen Andersdenkende und kritische Journalisten sowie die ausufernde Korruption. Die Demonstration war diese Mal in Folge Anlass waren mehrere gewaltsame Übergriffe auf der Regierung missliebige Personen. (vgl. BN v. 07.01.19)

Für den kommenden Mittwoch wurde zu einer Gedenkkundgebung für den im Januar 2018 ermordeten kosovo-serbischen Politiker Oliver Ivanovic aufgerufen. Er war einer der wenigen serbischen Politiker, der die Politik der serbischen Regierung öffentlich kritisierte.

Syrien

Israel bestätigt Angriffe

Nach Medienberichten bestätigte der israelische Regierungschef Netanjahu am 13.01.19 Angriffe der israelischen Luftwaffe in Syrien. Er erklärte, in den letzten Tagen habe die israelische Luftwaffe Lagerhallen des Irans mit iranischen Waffen auf dem internationalen Flughafen in Damaskus angegriffen. Israel hat in den vergangenen Jahren solche Angriffe nur selten offen kommentiert, jedoch immer wieder betont, man werde keine dauerhafte iranische Militärpräsenz in Syrien tolerieren.

USA beginnen mit Truppenabzug

Gut drei Wochen nach der Ankündigung begannen die USA mit dem Abzug von militärischem Material aus Syrien. Zu Details wollte sich das US-Militär aus Sicherheitsgründen nicht äußern, demnach seien zunächst nur einige logistische Maßnahmen umgesetzt worden, die einen geordneten Rückzug unterstützen sollen. Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete, dass einige gepanzerte Fahrzeuge und Maschinen von der US-Basis in der ostsyrischen Provinz Al-Hasaka abgezogen worden seien. US-Präsident Trump warnte zudem die Türkei vor einem möglichen Angriff auf die kurdischen YPG-Kräfte in Nordsyrien und drohte mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Konsequenzen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de